



Foto: Martin A. Jöchl
Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

Vorsicht, dieser Text kann Ihre Gemütsruhe gefährden! Beim Thema Europäische Union gehen die Emotionen hoch. Vor allem in der „Krone“. Wer nach Jahren der „Leserbriefe zum EU-Theater“ unaufgeregt Stärken und Schwächen der EU diskutieren will, muss sich auf einen Empörungsturm einstellen. Versuchen wir stattdessen eine ruhige Sachdebatte.

Filzmaier
analysiert

Wir und

1. Befürworter und Gegner der EU behaupten, dass alle wie sie denken. Das ist beiderseits Unsinn. Niemand hat die öffentliche Meinung für sich gepachtet. Wie sieht diese also aus? Daten dazu liefert die halbjährliche Eurobarometer-Studie mit über 27.000 (!) Interviews.

Richtig ist, dass momentan nur rund ein Drittel der Bürger ein positives Bild der EU hat und ihr vertraut. Seit der Wirtschaftskrise 2009 sind die Werte schlechter als je zuvor. Zu ergänzen wäre, dass nationale Regierungen und Parlamente – das Vertrauensproblem besteht ebenso für Oppositionsparteien – wenig bessere Zahlen aufweisen.

2. Parallel dazu beklagt knapp die Hälfte der Österreicher (44 Prozent), schlecht informiert zu sein. Ihre EU-Bürgerrechte kennen nach Eigenangaben 38 Prozent

nicht. Politik, Medien und Bildungssystem sollten sich gegenseitig an der Nase nehmen, um das zu ändern.

Wer weiß etwa über die Europäische Bürgerinitiative gut Bescheid? Das ist ein Verfahren, um Unterschriften zu sammeln und bei der Europäischen Kommission Gesetzesvorschläge einzubringen. Der größte Nachteil der Initiative: Die klare Mehrheit weiß nichts davon, wie mehr Direktdemokratie möglich wäre.



3. Das Halbwissen fördert Legenden mit falschen oder verfälschten Inhalten. In einem

Buch des ZDF-Moderators Bodo Hauser hieß es: „Die Zehn Gebote haben 279 Wörter, die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung hat 300 Wörter, die EU-Verordnung zur Einfuhr von Karamellbonbons hat 25.911 Wörter.“

Das darf nicht wahr sein! Ist es auch nicht. Die Vorschrift für Bonbons existiert gar nicht. Genau so hat die EU keine Vereinheitlichung von Kondomen beschlossen, um die Länge des Schniedelwutz zu bestimmen. Das Gerücht entstand nach einer Regelung medizinischer Vorrichtungen, zu denen Verhütungsmittel gehören. Nicht einmal die Gurkenkrümmungsregel gibt es. Journalisten benannten derart eine Verordnung für 25 Obstsorten, die man 1988 zwecks Qualitäts- und Konsumentenschutz erließ. Sie wurde 1999 abgeschafft.

4. Umgekehrt versagt die EU kläglich, ihre Arbeit breitenwirksam zu kommunizieren. Die Medienarbeit ist ein Diplomaten-deutsch als überkorrekte Kunstsprache. Auf Internetseiten der EU findet sich eine Materialfülle, die Normalbürger als unverständlicher Zeitfresser abschreckt. Broschüren & Co. sehen häufig nicht besser aus.

Ein Beispiel



Darf die Gurke krumm sein? Wie lauten die Vorschriften für Karamellbonbons? Müssen Kondome vereinheitlicht sein? Der EU wird vieles nachgesagt – nicht alles stimmt.



EU-ropa



6. Der Haken ist die Empfindung, nicht mitreden zu dürfen. Laut Eurobarometer haben 50 Prozent der Österreicher das Gefühl, ihre Stimmwürde in der EU nichts zählen. Bei den Griechen sind es 83 Prozent. Hauptakteure der EU sind indirekt gewählte Regierungschefs und ernannte Minister in den Räten, sowie ebensolche Beamte in der Kommission.

EU-Parlamentarier werden auf staatlichen Parteilisten gekürt und handeln später in internationalen Fraktionen. Ihr Engagement für den Wähler wie bei den Roaming-Kosten machen sie manchmal selbst kaputt. Aktuell durch teure Limousinen anstelle von simplen Taxiausgaben.

Eine Demokratiereform der EU ist nicht leicht: Führt man zu blauäugig Volksabstimmungen ein, entscheiden Mehrheiten in bevölkerungsreichen Staaten wie Deutschland oder Frankreich. Der österreichische Stimmenanteil fällt kaum ins Gewicht. Dennoch entscheidet sich die Zukunft der EU nicht allein in der Wirtschafts- oder Flüchtlingspolitik, sondern ob sie durch mehr Mitbestimmung unsere Identität als EU-ropäer fördert. Derzeit fühlen sich bloß knapp zwei Drittel der Österreicher als EU-Bürger.

des kommunikativen Antitalents: Es ist ein Verdienst der EU, dass die Roaming-Gebühren bei Telefonaten im Ausland gesenkt wurden. Langfristig sollen sie entfallen. Trotz immer noch vieler Kompromisse mit den Telefonkonzernen ist klar, dass wir in einem Europa der Nationalstaaten mehr blechen müssten. Hat die EU das, wovon jeder begünstigt ist, für Eigenwerbung nutzen können? Nein.

5. Unbestritten ist, dass die Bürokratie in Brüssel wie jeder Beamtenapparat öfters den Amtsschimmel reitet. Für 500 Millionen Bürger arbeiten 55.000 Mitarbeiter der EU. Die Zahl der öffentlich Bediensteten allein in Wien ist höher. Landespolitiker jedweder Parteilinie, die Gehälter und Pensionen von Angestellten der EU kritisieren, müssten kostentechnisch zuerst vor der eigenen Tür kehren.

Sechs Prozent des Bud-

gets der EU wird für Verwaltung ausgegeben, der Rest geht an die Mitgliedstaaten. Wird beklagt, dass „die anderen“ davon profitieren, so entspricht das dem Solidaritätsprinzip der gegenseitigen Unterstützung im Lissaboner EU-Vertrag als Quasiverfassung. Die Griechenlandhilfe ist insofern ähnlich der Notwendigkeit, dass die Republik Österreich Kärnten helfen muss und das Hypo-Bundesland schlecht hinauswerfen kann.